

## Wahlanalyse 2010

### Die Wahlen zu den Integrationsräten und -ausschüssen in NRW

Am 7. Februar 2010 wurden in 102 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden 86 Integrationsräte und 16 Integrationsausschüsse gewählt. In fünf Kommunen wurde das Gremium auf freiwilliger Basis eingerichtet, da dort weniger als 2.000 Ausländer leben. In weiteren 34 Städten, in denen zwischen 2.000 und 5.000 ausländische Einwohner leben, wurden Integrationsräte auf Antrag dieser Bevölkerungsgruppen gewählt. In den übrigen 63 Städten ist die Einrichtung eines Integrationsrates oder Integrationsausschusses zwingend gewesen, da hier mehr als 5.000 ausländische Einwohner gemeldet sind.

#### Wahlbeteiligung

Insgesamt waren 1.156.101 ausländische Einwohnerinnen und Einwohner aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Landesweit beteiligten sich 128.945 Wählerinnen und Wähler, das entspricht einer Wahlbeteiligung von 11,16 Prozent. Im Vergleich zu den Wahlen 2004 ging die Beteiligung um 0,66 Prozentpunkte zurück und blieb damit fast konstant.

Allerdings gab es große Unterschiede zwischen den einzelnen Städten und Gemeinden. Die höchste Wahlbeteiligung wurde mit 33,93 Prozent im ostwestfälischen Harsewinkel und 32,45 Prozent in Kamen erreicht, in weiteren acht Städten lag die Beteiligung bei über 20 Prozent und in 18 Städten bei über 15 Pro-

zent. Damit haben 28 Städte eine Wahlbeteiligung von mindestens 15 Prozent und mehr erreicht.

Die niedrigste Wahlbeteiligung verzeichnete Bergisch Gladbach mit 4,17 Prozent gefolgt von Sankt-Augustin mit 4,36 Prozent und der Landeshauptstadt Düsseldorf mit 4,67 Prozent. Auch zwölf weitere Städte erreichten die Acht-Prozent-Marke nicht.

#### Eingebürgerte und Spätaussiedler

Nach § 27 der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung gab es für Eingebürgerte und Spätaussiedler, die diesen Status in den letzten fünf Jahren erhalten haben, die Möglichkeit, sich durch Eintragung in die Wählerverzeichnisse aktiv an den Wahlen zu beteiligen. Schon früh hat die LAGA NRW diese Frist als zu kurz und das erforderliche Verfahren als zu bürokratisch abgelehnt. Dass diese Einschätzung richtig war, belegen die Zahlen aus den kreisfreien Städten. In diesen 23 Städten waren rund 740.000 Eingebürgerte und Spätaussiedler wahlberechtigt gewesen, doch nur knapp 2.000 Personen haben die Hürde genommen und von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Lediglich in der Stadt Hamm haben Eingebürgerte und Aussiedler in stärkerem Maße ihr Wahlrecht wahrgenommen. Unter den rund 14.000 Wahlberechtigten befanden sich 1.000 Eingebürgerte und Spätaussiedler.

#### AUS DEM INHALT:

**Viel Engagement, mehr Frauen, Interesse der Parteien**

**Editorial**

**Keine Tendenz zu Parallelgesellschaften**

**Mehr Frauenpower in Integrationsräten**

**Mehr Interesse der Parteien an Integrationsräten**

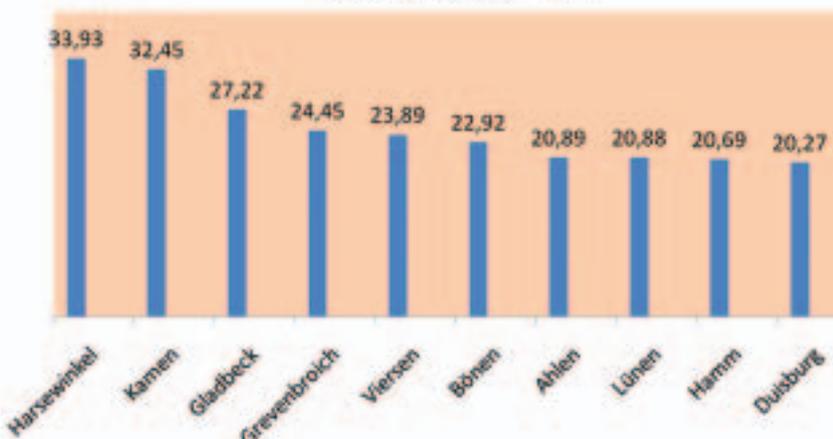
**Integrationsräte sind kein Ersatz für das Wahlrecht**

**Studie zu Rechtspopulisten**

**Impressum**

Mai 2010

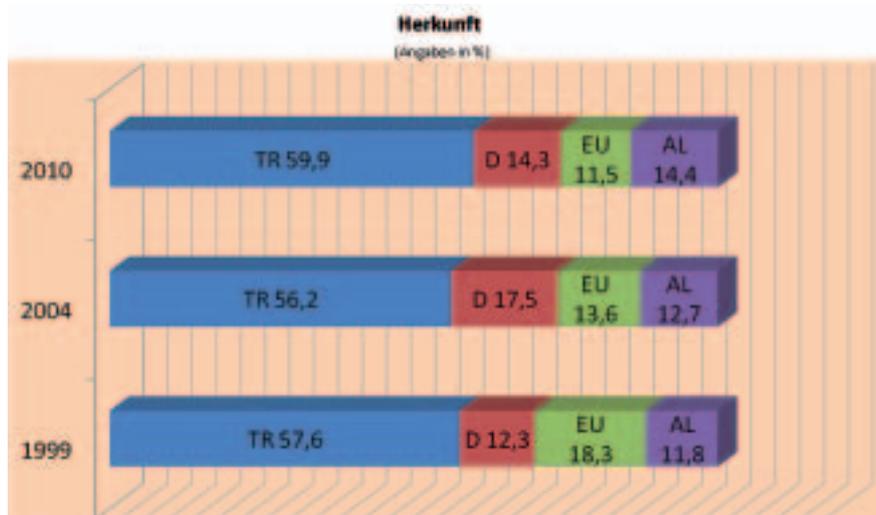
Wahlbeteiligung > 20%



Fortsetzung  
Seite 2



	Herkunft	
	abs.	%
Türkei	630	59,9
Deutschland	150	14,3
Griechenland	35	3,3
Italien	37	3,5
Ex-Jugoslawien	25	2,4
Portugal	11	1,0
Spanien	4	0,4
andere Länder	126	12,0
sonst. EU-Länder	34	3,2
<b>Summe</b>	<b>1052</b>	<b>100</b>



### Briefwahl

Für die erstmals flächendeckend angebotene Briefwahl liegen Ergebnisse aus 91 Städten vor.

Insgesamt 38.799 Wähler gaben ihre Stimmen per Briefwahl ab, dies entspricht 32,7 Prozent.

Damit wird unmittelbar erkennbar, dass die Möglichkeit zur Briefwahl eine positive Wirkung auf die Wahlbeteiligung hatte.

Dies wird umso deutlicher, wenn man die einzelnen Kommunen mit einer hohen Briefwahlbeteiligung ansieht:

In Gladbeck gaben 88,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen durch Briefwahl ab, in Kamen, Köln und Emmerich liegt der Anteil bei über 60 Prozent, in weiteren zehn Städten bei über 40 Prozent.

### Zusammensetzung der Gremien

Es waren 1.061 Mandate zu vergeben, wobei 654 gewählte Migrantenvertreter zum ersten Mal ein Mandat errungen haben. Dies entspricht in etwa der Zahl von 2004 (1048:612). Das bedeutet einerseits, dass es wiederum gelungen ist, viele Migranten für die kommunalpolitische Arbeit zu gewinnen. Andererseits zeigt möglicherweise die hohe Fluktuation auf strukturelle und politische Defizite der Gremien hin, die bei Mandatsträgern schnell zu Frustration und Rückzug führen können. Es gilt aber dieses Potenzial für die politische Arbeit zu nutzen. Dies kann gelingen, wenn die Integrationsräte und -ausschüsse mit echten Kompetenzen ausgestattet und eng in die Arbeit der demokratischen Parteien eingebunden werden. Hierfür sind erste Ansätze erkennbar.

### Listen und Einzelbewerber

So können von den 322 Listen 63 als „parteinaher Listen“ bezeichnet werden – eine Entwicklung, die so vor fünf Jahren noch nicht zu beobachten war. Einzelbewerber konnten insgesamt 117 Sitze gewinnen. Damit haben sie einen Anteil von mehr als 10 Prozent der Sitze erreicht und diesen im Vergleich zu 2004 erheblich erhöht. Denn 2004 verteilten sich die 1048 Mandate auf 251 Listen und 66 Einzelkandidaten.

### Frauenanteil

Der Anteil der Frauen liegt mit 274 bei 26,8 Prozent und damit um 2,9 Prozentpunkte höher als 2004. Gegenüber der Ausländerbeiratswahl 1999 hat sich der Frauenanteil sogar um 7,8 Punkte erhöht.

### Herkunft

Erfreulicherweise hat sich die Anzahl der Herkunftsländer der Migrantenvertreter von 47 im Jahr 2004 auf aktuell 52 erhöht.

Die größte Gruppe stellen mit 630 Migrantenvertretern die türkeistämmigen Frauen und Männer. Das macht 59,9 Prozent aller Mandate aus, somit ist ein Zuwachs von rund drei Prozentpunkten zu verzeichnen.

Der Anteil der Deutschen ist gesunken – von 17,5 Prozent auf 14,3 Prozent. Dabei ist anzumerken, dass diese Zahl mit hoher Wahrscheinlichkeit einen großen Teil von Eingebürgerten enthält. Auffällig ist der weitere Rückgang der Mitglieder aus den ehemaligen Anwerbestaaten außer der Türkei. Aus Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien kamen 1999 noch 248 und 2004 noch 158 Mitglieder. Jetzt sind es nur noch 112.

Die Zahl der Mitglieder aus sonstigen EU-Ländern ist gegenüber 2004 von 15 auf 34 gestiegen und hat damit wieder das Niveau von 1999 erreicht. Ein kontinuierlicher Anstieg ist bei den Mandatsträgern aus den sonstigen Ländern festzustellen, hier erhöhte sich die Zahl auf 126 Personen.

Zu begrüßen ist, dass sich unter den Mitgliedern der Gremien 37 Personen aus Georgien, Kasachstan, Russland, der Ukraine und Weißrussland befinden. Wahrscheinlich handelt es sich hierbei überwiegend um Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Dieser Anteil hätte wesentlich höher ausfallen können,

wenn bei der Formulierung des Gesetzes zum aktiven Wahlrecht den Empfehlungen der LAGA NRW gefolgt worden wäre.

**Berufsstatus**

Beim Berufsstatus der Gewählten ist zunächst die starke Veränderung in der Verteilung der Sitze zwischen Arbeitern und Angestellten zu bemerken.

Während 1999 die Anzahl der Arbeiter mit 40,6 Prozent um 13 Prozentpunkte über der der Angestellten lag und die Verteilung 2004 fast gleich war, liegt nunmehr die Gruppe der Angestellten mit 38,8 Prozent um 13 Prozentpunkte über dem Anteil an Arbeitern.

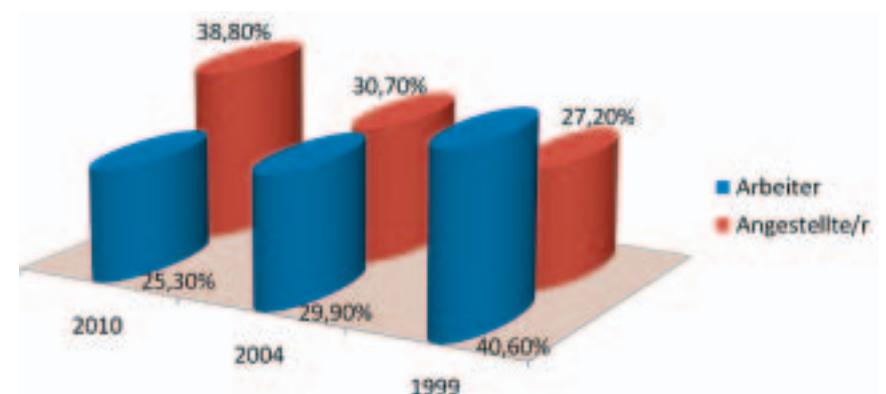
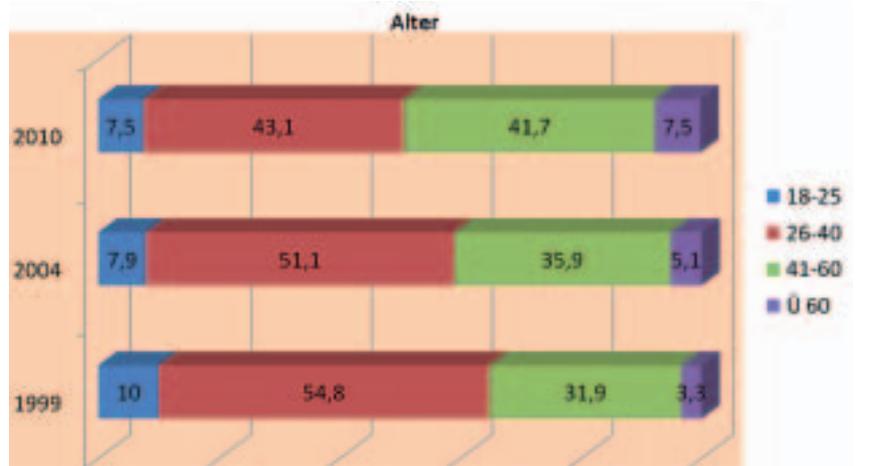
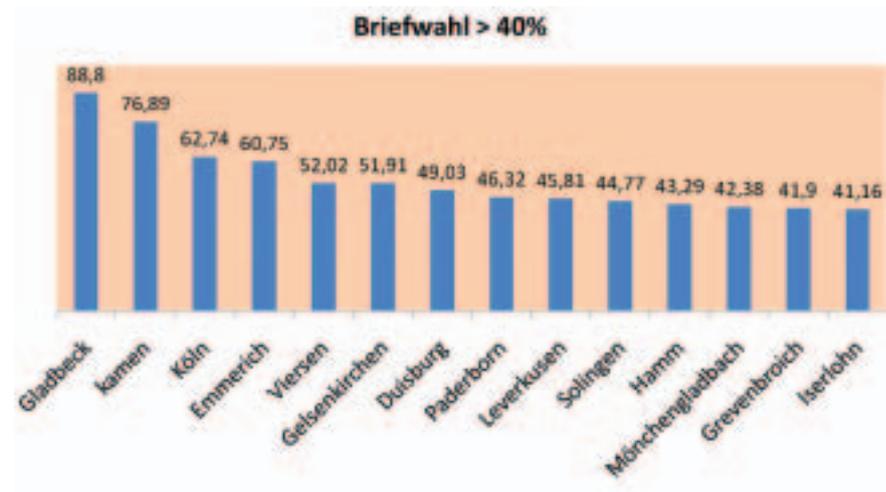
Die übrigen Berufsgruppen sind relativ stabil, lediglich bei Schülern, Studenten und Auszubildenden ist ein leichter Rückgang feststellbar.

**Altersstruktur**

Die Altersstruktur hat sich zwar dahingehend verschoben, dass die Mitglieder im Durchschnitt älter sind als noch vor fünf Jahren.

Gleichwohl handelt es sich um „junge“ Gremien, da 50 Prozent der Mitglieder zwischen 16 und 40 Jahren alt sind.

	1999		2004		2010	
	Abs.	%	abs.	%	abs.	%
Türkei	671	57,1	569	56,16	630	59,9
Deutschland	144	12,2	177	17,47	150	14,3
Griechenland	81	6,9	43	4,24	35	3,3
Italien	61	5,2	49	4,83	37	3,5
Ex-Jugoslawien	61	5,2	35	3,45	25	2,4
Portugal	31	2,6	19	1,87	11	1,0
Spanien	14	1,2	12	1,18	4	0,4
andere Länder	80	6,8	94	9,27	126	12,0
sonst. EU-Länder	33	2,8	15	1,48	34	3,2
<b>Summe</b>	<b>1176</b>	<b>100</b>	<b>1013</b>	<b>100</b>	<b>1052</b>	<b>100</b>



**Aus der Pressemitteilung des Integrationsbeauftragten der Landesregierung NRW vom 8.2.2010:**

Der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Thomas Kufen, dankt allen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich zur Wahl gestellt haben für ihren Einsatz und ihre Bereitschaft, Verantwortung in den Städten und Gemeinden zu übernehmen. Gleichzeitig ermuntert er ausdrücklich Parteien und Fraktionen, aktiver auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zuzugehen und für politisches Engagement zu werben.

„Mit der Wahl kann die Arbeit aufgenommen werden. Zuwanderer sind Experten in eigener Sache und bereichern die Kommunalpolitik in vielfacher Hinsicht. Jetzt geht es darum, die neuen Integrationsräte bzw. Integrationsausschüsse mit Leben zu erfüllen und als Partner der Integrationspolitik anzuerkennen“.

Liebe Leserin, Lieber Leser,

nachdem die im Februar neu gewählten Integrationsräte ihre Arbeit aufgenommen haben, möchten wir auf die Wahlen zurückblicken und Ihnen hiermit eine ausführliche Analyse vorlegen.

Zunächst darf ich allen gewählten Mitgliedern der neuen Integrationsräte und -ausschüsse nochmals herzlich gratulieren. Außerdem danke ich allen, die durch ihre Kandidatur Engagement für diese Gesellschaft bewiesen haben. Das ist ein unschätzbare demokratisches Gut, auf das wir auch in Zukunft nicht verzichten können. Daher bitte ich alle, die wegen einem weniger guten Ergebnis bei der Wahl enttäuscht sind, nicht aufzugeben.

Das Ergebnis ist – alles in allem – weniger erfreulich als die LAGA NRW erhofft hatte. Insbesondere das stark gewachsene Interesse der Medien an den Wahlen hatte auf eine höhere Beteiligung schließen lassen. Dennoch gibt es einige wichtige Erkenntnisse, die für die künftige Arbeit der Integrationsräte und -ausschüsse vor Ort wie auch für die Arbeit der LAGA NRW auf Landesebene motivieren.

Es ist bemerkenswert, dass die etablierten demokratischen Parteien ein deutlich größeres Interesse an den Wahlen hatten als zuvor. Sie sind in zahlreichen Städten mit eigenen Listen angetreten. Jetzt hoffe ich auf eine noch engere Zu-



sammenarbeit in den kommunalen Integrationsräten, damit es nicht bei einem wahltaktischen Strohfeuer bleibt.

Konstruktive und partizipative kommunale Integrationspolitik ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Ohne politische Mitsprache ist die Integration von Migrantinnen und Migranten nicht zu machen. Mit dem vielfältigen Engagement vor der Wahl wurde ein Grundstein gelegt, der uns zum „Weiterbau“ ermuntern sollte. Die in den Integrationsräten angelegte, enge Zusammenarbeit zwischen Migrantenvertretung und Ratspolitik muss dazu folgende Ziele verfolgen:

- gute Bildungschancen für alle
- mehr politische Beteiligung für Migranten auf allen Ebenen
- eine Sozialpolitik, die alle Menschen bestärkt, ihre persönlichen Fähigkeiten einzusetzen.

Kurz gesagt: Gemeinsam müssen wir an einer Politik arbeiten, die Zuwanderung und Integration als Chance begreift und die an den besonderen Fähigkeiten der Migrantinnen und Migranten ansetzt.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen viel Erfolg für Ihre Arbeit in den lokalen Integrationsräten und -ausschüssen.

Es grüßt Sie herzlich Ihr

Tayfun Keltok  
(Vorsitzender LAGA NRW)

## Buchbesprechung:

# Keine Tendenz zu Parallelgesellschaften

Eine Langzeitstudie der Stiftung für Türkeistudien und Integrationsforschung (früher: Zentrum für Türkeistudien) hat repräsentative Daten zur Integration von türkei-stämmigen Menschen in Nordrhein-Westfalen und Deutschland ausgewertet. Sozialwissenschaftler und Mitarbeiter des Instituts Dr. Dirk Halm hat die gewonnenen Erkenntnisse für die LAGA NRW zusammengefasst.

Das ZfT befragt jährlich 1.000 repräsentativ ausgewählte türkische Migranten in NRW zu ihrer Lebenssituation. Auf der Basis dieser Mehrthemenbefragung liegt nun eine Auswertung vor, die über einen Zeitraum von zehn Jahren die Integration der größten – und auch meistdiskutierten – Zuwandergruppe in Deutschland analysiert. Zusätzlich zu den Daten für NRW über den Zeitraum von 1999 bis 2008, sind 2009 deutschlandweit repräsentativ gewonnene Daten in die Studie eingeflossen.

Grundsätzlich zeigt der Vergleich der Ergebnisse zwischen Deutschland und NRW, dass sich die Situation der Befragten mit sehr wenigen Abweichungen

ähnlich darstellt. Thematisch erfasst die Mehrthemenbefragung Indikatoren der zentralen gesellschaftlichen Integrationsfelder: Die Akkulturation über Schul- und Berufsausbildung und Sprachkenntnisse, die Platzierung über die berufliche Stellung, Einkommen und Wohnsituation, die gesellschaftliche Interaktion über Kontakte, organisatorische Einbindung, wohnräumliche Segregation sowie die Identifikation über Bleibeabsicht, Länderbindung und Einbürgerung.

Darüber hinaus werden politische Partizipation und Einstellungen, Medienutzung, Religiosität sowie Meinungen und Einschätzung der Migranten zu ihrer wirtschaftlichen Lage und ihrer Lebenszufriedenheit abgebildet.

Die Bilanz von 10 Jahren widerspricht dabei einigen Akzenten, die die öffentliche Debatte bisher gesetzt hat. So ist insbesondere ein Rückzug in die eigene Community und ein Anwachsen „parallelgesellschaftlicher“ Strukturen nicht auszumachen, obwohl die Teilhabe der Einwanderer an der Gesellschaft defizitär bleibt.

## Zweite Generation besser integriert

Die Nachfolgegeneration, die inzwischen rund die Hälfte der erwachsenen türkei-stämmigen Bevölkerung ausmacht, ist in erheblichem Maße besser integriert als die erste Generation, die nur noch knapp ein Fünftel umfasst. Deutlich wird aber auch, dass insbesondere die Heiratsmigranten – immerhin mehr als ein Viertel der Gesamtgruppe –, also diejenigen, die im Erwachsenenalter im Zuge der Familienzusammenführung als Ehepartner der Nachfolgegeneration nach Deutschland kamen, noch erhebliche Schwierigkeiten sowohl bei der Teilhabe an Ressourcen, aber auch mit der Identifikation und der gesellschaftlichen Einbindung haben. Der Vergleich mit der deutschen Durchschnittsbevölkerung zeigt vor allem Status-, Einkommens- und Bildungsungleichheit. Das eigentliche Integrationsproblem ist also, dass sich das Bemühen um Annäherung an die deutsche Gesellschaft nicht in adäquaten Platzierungen niederschlägt.



# Mehr Frauenpower in Integrationsräten

Bei den Integrationsratswahlen 2010 haben Frauen 274 Mandate errungen. Das sind 26,8 Prozent aller Sitze. Damit liegt der Frauenanteil in den Integrationsräten immer noch deutlich unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Allerdings wuchs der Anteil der Frauen gegenüber den Wahlen 2004 um 2,6 Prozentpunkte gegenüber 2004. Im Vergleich zu 1999 stieg er sogar um fast 8 Prozentpunkte.

Die Vermutung liegt nahe, dass das wachsende Engagement von Frauen mit den seit 2004 größeren Entscheidungskompetenzen der Integrationsräte zusammenhängt. Migrantinnen sind demnach bereit, sich politisch zu engagieren, wenn sie den Eindruck haben, dass sich ihr Engagement auch tatsächlich lohnt, sie durch ihre Arbeit also etwas bewegen können. So traten 2004, als erstmals Integrationsräte mit erweiterten Kompetenzen gewählt wurden, deutlich mehr Frauen als Kandidatinnen an als 1999. Das erklärt den relativ großen Sprung von einem Anteil unter 20 Prozent 1999 auf über 23 Prozent Frauenanteil 2004.

Insgesamt zeigt der Zehn-Jahres-Vergleich relativ geringe Veränderungen und eine hohe Stabilität sowohl bei den Lebensverhältnissen als auch in den Einstellungen und Meinungen der türkeistämmigen Migranten. Dies ist aber ein bemerkenswerter Befund, wenn man ins Kalkül zieht, dass 1999, als die Mehrthemenbefragung begonnen wurde, in der Soziologie Theorien der Desintegration en vogue waren. Nichts davon ist wirklich eingetreten. Tatsächlich ist das Zusammenleben seit 1999 nicht schlechter geworden, sondern hat sich langsam aber stetig intensiviert – und das obwohl Bildungs- und Arbeitsmarktchancen der Gruppe sich kaum verbessert haben.

Erfolge und Defizite der Integration türkeistämmiger Einwanderer. Von Martina Sauer/Dirk Halm. Herausgegeben von der Stiftung Zentrum für Türkeistudien. VS-Verlag Wiesbaden 2009, 183 Seiten, 29,80 EUR.



## Frauen als Vorsitzende bestätigt

Frauen arbeiten in den Integrationsräten nicht nur mit, sie übernehmen auch Verantwortung – erfolgreich. So wurden in der letzten Amtsperiode einige Frauen als Vorsitzende gewählt. Sie erzielten allesamt bei den aktuellen Wahlen gute Ergebnisse. So wurde die Liste „Yüksel international“ der Vorsitzenden Gülistan Yüksel in Mönchengladbach mit zur stärksten Gruppe im dortigen Integrationsrat. Sie wurde bei der Konstituierung eindrucksvoll von den direkt gewählten Mitgliedern und den Ratsvertretern als Vorsitzende des Integrationsrates wiedergewählt und darf sich über einen neuen Konsens zwischen Integrationsrat und Kommunalpolitik freuen.

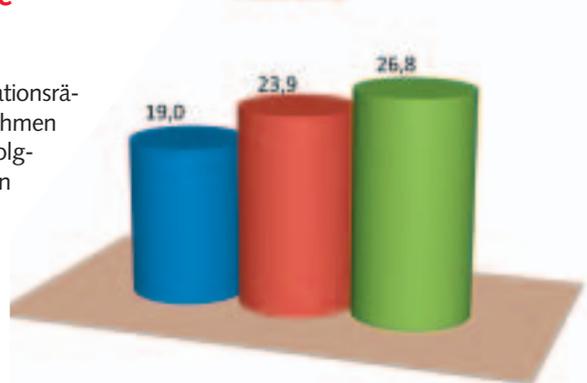
Besondere Anerkennung für ihre Arbeit genoss auch die alte und neue Vorsitzende des Integrationsrates in Unna Ksenija Sakelsek. Zu Beginn des Jahres ehrten die lokalen Fraktionen der FDP und der Grünen sie sogar für ihr Engagement. „Es bleibt aber noch viel zu tun. Wir haben viel zu viele Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund, die keinen qualifizierten Schulabschluss schaffen oder im Anschluss keinen Ausbildungsplatz finden. Das ist eine Herausforderung, der wir uns alle stellen müssen“, meint Ksenija Sakelsek. Sie will die Bildungs- und Jugendpolitik in den Mittelpunkt der gerade begonnenen Wahlperiode stellen.

## Zahl der weiblichen Vorsitzenden wächst

Außer den beiden genannten wurden etliche weibliche Vorsitzende in ihren Ämtern bestätigt. Insgesamt wächst der Anteil an Frauen in den Vorsitzen der Integrationsräte. So wurden in Bonn, Neuss, St. Augustin und in Schwerte erstmals Frauen zur Vorsitzenden gewählt.

Beispiel Neuss: Bei der Konstituierung wurde Mirnije Azizaj zur Vorsitzenden gewählt. „Bisher hatte ich wenig Zeit und habe verschiedene Listen durch meine Kandidatur unterstützt. Dieses Mal wollte

Frauenanteil



ich mich aber verstärkt einbringen.“ Mit einer Liste, auf der fast ausschließlich Frauen kandidierten, ging sie ins Rennen. Die Liste gewann zwar nur einen Sitz, aber Mirnije Azizaj überzeugte die anderen Mitglieder von sich. Anfang der 90er Jahre fand sie in Deutschland viel Unterstützung und arbeitete in einer Frauengruppe der Caritas in Neuss mit. Schon bald unterstützte sie selbst andere bei der Wohnungssuche, bei Arztbesuchen oder Ähnlichem. Jetzt wolle sie auch im politischen Raum wirken. „Es gibt viel Potenzial auch unter älteren Migrantinnen und Migranten. Die Fähigkeiten der Einzelnen müssen zum Wohl der Gesellschaft gefördert und abgerufen werden“, meint Azizaj. Deswegen macht sie sich für ein Qualifizierungsprogramm stark, das nicht allein Jugendliche im Blick hat. Es gebe viele, die noch zehn bis zwanzig Jahre arbeiten könnten und wollten. Ihnen sollte man eine Chance geben, beschreibt Azizaj ihr Anliegen.

In 16 Städten Nordrhein-Westfalens müssen die Integrationsräte und -ausschüsse Ratsmitglieder zu Vorsitzenden wählen. Auch hier setzen sich immer mehr Frauen durch, etliche Gremien wählten Ratsfrauen zu ihren Vorsitzenden.

# Mehr Interesse der Parteien an Integrationsräten

## Parteilisten aber nur selten erfolgreich

Außergewöhnlich hohes Interesse an den Integrationsratswahlen 2010 zeigten die etablierten Parteien. Insgesamt traten in den Städten und Gemeinden 63 Partei-Listen an. Die meisten dieser Listen waren klar ihrer „Mutter-Partei“ zuzuordnen. Viele trugen den Namen der Partei im Titel oder in einem erläuternden Untertitel. Häufig ergänzten Zusätze wie „international“ oder „offene Liste“ den Parteinamen. Nur vereinzelt waren die Listen nicht auf den ersten Blick einer Partei zuzuordnen. So nannte sich beispielsweise die CDU-Liste in Köln „KöBes“ – die Abkürzung für „Kölner Bürger engagieren sich“. Aber auch in Fällen wie diesen sorgten in der Regel ergänzende Informationen für Transparenz.

## Mäßige Erfolge für Parteien

Angesichts des großen Engagements bei der Listenaufstellung ist der Erfolg der etablierten Parteien als mäßig zu bewerten. In vielen Kommunen haben die Partei-Listen bei den Integrationsratswahlen nur einen oder zwei Sitze errungen. In Duisburg freute sich die SPD zum Beispiel schon darüber, „drittstärkste Kraft“ (Rheinische Post vom 8. Februar 2010) geworden zu sein. Die FDP, die in Großstädten wie Köln mit einer eigenen Liste antrat, ging sogar meist leer aus. Den Liberalen bleibt so nur die Möglichkeit, über ihre Ratsvertreter in den Integrationsräten mitzuwirken.

Ursache für die mäßigen Erfolge der Parteien mag auch eine geringe Wahlkampfaktivität gewesen sein. Darüber hinaus hat sich wieder gezeigt, dass die Wählerinnen und Wähler bei den Integrationsratswahlen Listen bevorzugen, die sie über die Herkunft der Kandidatinnen und Kandidaten einordnen können. Auf diese Weise zogen in Köln acht SPD-Mitglieder in den Integrationsrat ein, die auf unterschiedlichen Listen kandidiert hatten – darunter zwei Listen von Türkeistämmigen sowie eine Liste von Russlandstämmigen.

## Erfolgreiche Wählergemeinschaften

Mit den etablierten Parteien vergleichbar – aber erfolgreicher – waren Listen, die bereits bei der Kommunalwahl 2009 als so genannte unabhängige Wählerge-

meinschaften angetreten waren. Einige von den Wählergemeinschaften stellten für die Integrationsratswahlen 2010 eigene Listen auf, zum Beispiel in Bonn und Gelsenkirchen. In der Ruhrgebietsstadt hatte die Liste „Bürger in Gelsenkirchen“ (BiG) bereits bei der Stadtratswahl 2009 zwei Sitze aus dem Stand heraus erreicht. Zur Integrationsratswahl ist die Gruppierung wieder angetreten und konnte dabei sogar die meisten Stimmen für sich verbuchen. Auch das „Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit“ in Bonn hat bei der Kommunalwahl zwei Mandate errungen und ist in der Folge mit einer eigenen Liste für den Integrationsrat angetreten. Hier konnte die von Migranten gegründete Gruppierung drei Mandate gewinnen. Diese Erfolge bestätigten den Eindruck, dass die persönliche Herkunft der Kandidaten und Kandidatinnen entscheidende Faktoren für die Wahlpräferenzen gewesen sind.

## Gemeinsam Zukunft angehen

Trotz des mäßigen Wahlerfolgs sind die etablierten Parteien in den Integrationsräten und -ausschüssen stärker vertreten als zuvor. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen für die Arbeit der Gremien. So ist eine erste Tendenz zu beobachten, wonach die Partei-Listen verstärkt untereinander kooperieren. In Mönchengladbach verständigten sich zum Beispiel die CDU, die Grünen sowie die von der früheren SPD-Ratsfrau Gülistan Yüksel angeführte Liste „Interkulturell Yüksel“ im Vorfeld der Konstituierung über den Vorsitz. Gemeinsam wählte man Yüksel zur Vorsitzenden des Integrationsrates. Zu ihren Vertretern wurden Abdelillah Berrissoul (Liste Bündnis 90/Die Grünen) und CDU-Ratsherr Udo Blank gewählt.

Eine intensive Zusammenarbeit aller Akteure erhofft sich Michael Solf, CDU-Landtagsabgeordneter, für die integrationspolitische Arbeit in allen Kommunen: „Wir müssen die Interessen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ernst nehmen und politisches Engagement unterstützen. Deshalb möchte ich die Stadt- und Gemeinderäte und die kommunalen Verwaltungen dazu ermuntern, die Integrationsräte und -ausschüsse noch mehr als bisher in ihre Arbeit mit einzubeziehen.“ Es gibt Anzeichen dafür, dass die Kommunen tatsächlich im Sinne



von Solfs Appell agieren. So stellt die LAGA NRW reges Interesse bei den Kommunen an Fortbildungsmöglichkeiten für ihre Integrationsräte fest, um die Tätigkeit der Migrantenvertreter zu professionalisieren und die gemeinsame Arbeit voranzubringen.

# Integrationsräte sind kein Ersatz für das Wahlrecht

Interview mit Prof. Dr. Wolf-D. Bukow, Soziologe am Forschungsinstitut für Interkulturelle Studien der Universität zu Köln

*Frage: Wie erklären Sie sich die geringe Beteiligung von nur 11,6 Prozent bei den Integrationsratswahlen?*

**Prof. Bukow:** Wenn man sich die Lebenssituation anschaut, erkennt man schnell die Gründe dafür. Die gegenwärtige Debatte über Integration arbeitet mit einem Gesellschaftsbild, in dem Menschen mit Migrationshintergrund unterstellt wird, sie seien immer noch nicht in Deutschland angekommen und müssten endlich lernen, was in Deutschland angesagt ist. Wer aber schon seit vielen Jahren hier lebt, sich längst vor Ort auskennt, hier jahrelang gearbeitet hat, der fühlt sich nicht angesprochen. Im Gegenteil, er wird sich über die Rolle, die man ihm zuweist, nur ärgern.

Vor diesem Hintergrund ist es eher erstaunlich, dass überhaupt so viele Menschen bei den Wahlen mitgemacht haben, zumal Eingebürgerte sich ja vorher noch in entsprechende Listen eintragen und damit ihre Integrationsbedürftigkeit auch noch schriftlich dokumentieren mussten.

*Sind Migrantinnen und Migranten generell weniger an Politik interessiert?*

Menschen, die seit langem oder gar schon seit Generationen hier leben, sind genauso politisch oder unpolitisch, wie andere aus dem entsprechenden Milieu oder der entsprechenden sozialen Schicht. Nach der „Sinus Sociovision“-Studie ist belegt, dass es keine Milieuunterschiede zwischen Einwanderern und Nichteinwanderern gibt. Wenn unter diesen Voraussetzungen dennoch das Interesse an Wahlen unterdurchschnittlich ist, so kann das nur bedeuten, dass man sich gezielt gegen die Teilnahme entschieden hat, weil man die Wahlen aus politischen Gründen für problematisch hält. Die geringe Wahlbeteiligung belegt also ein durchaus kritisches politisches Bewusstsein.

*Welche Form der politischen Beteiligung halten Sie für notwendig?*

Angesichts der durch zahlreiche Forschungsprojekte belegten Erfahrung,

dass man sich in der Regel bereits nach drei bis vier Jahren am Wohnort heimisch fühlt, dürfte es plausibel sein, wenn man nach dieser Frist das Wahlrecht einräumt und eine ganz normale politische Beteiligung ermöglicht. Damit meine ich zunächst das kommunale Wahlrecht, in der Folge aber auch das allgemeine Wahlrecht. Die gerade einmal einhundert Jahre alte Verknüpfung des Wahlrechts mit der Staatsangehörigkeit war einer Nationalstaatsidee geschuldet, die in dieser Form – spätestens seitdem Europa zusammenwächst – überholt ist.

*Welche Rolle spielen Integrationsräte und die LAGA NRW für die politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten?*

Die Integrationsbeiräte sollten sich für eine Öffnung der Gesellschaft, für die Neuorientierung der gesellschaftlichen Institutionen und Einrichtungen – von der Bildung bis zu kommunalen Dienstleistungen – einsetzen. Sie sollten sich für eine intensive Vernetzung engagierter Menschen, für eine zunehmende Diversität der Gesellschaft engagieren und ganz bewusst als Teil der Zivilgesellschaft für die Gesamtgesellschaft aktiv werden. Außerdem wäre ihr Engagement in der Antidiskriminierungsarbeit wichtig, weil sie als erste wissen, worum es geht.

Allerdings wird das nur funktionieren, wenn man sie als Teil der Zivilgesellschaft für ihr Engagement in der Zivilgesellschaft offen fördert und aufhört, sie paternalistisch zu instrumentalisieren und als Ersatz für echte politische Beteiligung einzusetzen.

*Wie können die deutschen Parteien sich künftig besser auf die komplexen Fragen der gesellschaftlichen und politischen Integration von Migrantinnen und Migranten einstellen?*

Politische Parteien sind nur glaubwürdig, wenn sie die politischen Anliegen einer breiten Bevölkerung repräsentieren. Noch immer sind Frauen, obwohl sie die Mehrheit der Bevölkerung darstellen, deutlich unterrepräsentiert. Und für mobile Menschen, insbesondere solche mit Migrationsgeschichte, die im Schnitt schon ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, gibt es in der Politik nur extrem selten eine echte Beteiligungschance. Es kommt hier darauf an, den Klientelismus der Altparteien zu beenden und Politik fairer und gerechter zu gestalten und mehr Respekt gegenüber Menschen zu entwickeln, die nicht aus dem eigenen Dunstkreis stammen. Das fängt bei der Erstellung der Listen für die Wahlen an und setzt sich bei der Besetzung der diversen Posten fort.

**HIER**  
wo ich lebe,  
will ich wählen!

**Wir fordern das  
KOMMUNALE WAHLRECHT  
für alle Migrantinnen und  
Migranten, die lange in  
Deutschland leben.**

## Studie zu Rechtspopulisten „Argumentieren statt ignorieren“

Der Journalist und Politologe Dr. Frank Überall hat in Zusammenarbeit mit der LAGA NRW eine neue Studie zur parlamentarischen Arbeit von PRO Köln herausgegeben. Die vom Verfassungsschutz als rechtsradikal und verfassungsfeindlich eingestufte Bewegung versucht derzeit über die kommunale Ebene hinaus Fuß zu fassen. Mit Genehmigung des WDR drucken wir Auszüge eines Interviews mit Überall, das anlässlich der Vorstellung der Studie erschienen ist.

*Herr Überall, was genau läuft im Umgang mit Pro Köln falsch?*



**Dr. Überall:** Die etablierte Politik hat lange Zeit versucht, Pro Köln zu ignorieren. Das ist im Kölner Stadtrat sehr schön nachvollziehbar. Ich habe die 140 Anträge, die Pro Köln in der vergangenen Legislaturperiode gestellt hat,

und die Ratsdebatten darüber komplett ausgwertet. Es war meist so, dass die Politiker der etablierten Parteien nicht groß reagiert haben. Es gab kaum Diskussionen über die Anträge. Manche ausländerfeindlichen oder herabsetzenden Sprüche sind teilweise so stehen geblieben. Nur ganz selten wurde dem etwas entgegengesetzt. In den Anträgen von Pro

Köln werden auch Themen aufgegriffen, die die Bevölkerung interessieren. Das komplett zu ignorieren, kann nicht der richtige Weg sein.

*Gibt es dafür Beispiele?*

**Dr. Überall:** Es gibt unzählige Beispiele. Als Lokalpolitiker hat man immer Diskussionen zu führen mit dem Bürger – egal, ob man ein Einkaufszentrum, eine katholische Kirche oder eine Moschee baut. Man muss im Gespräch bleiben – etwa über Lärmprobleme, über die Einpassung ins Stadtbild. Das ist in Köln versäumt worden, und diese Leerstelle hat Pro Köln dann öffentlichkeitswirksam besetzt. Pro Köln ist aber nicht nur gegen den Bau von Moscheen aktiv. Sie versuchen, sich auch bei anderen Themen an die Spitze von Protestbewegungen zu setzen, zum Beispiel gegen den Straßenstrich oder Korruption im Rathaus.

*Welche Folgen hat eine Ignorierung von Pro Köln?*

**Dr. Überall:** Pro Köln und Pro NRW haben durch diese Nicht-Beschäftigung die Möglichkeit, sich in eine Märtyrer-Rolle zu begeben. Sie greifen Themen auf, die oft in der etablierten Politik vernachlässigt werden. Das kann zu großen Problemen führen. Wenn man nicht aufklärt, transparent macht, was die Pro-Bewegung tatsächlich will, dann besteht die Gefahr, dass sie verwechselt werden mit freien Wählergemeinschaften. Denn im Namen wird ja nicht mehr deutlich, wer sie eigentlich sind. Pro hört sich scheinbar positiv an, aber was dort gemacht wird, ist für das gesellschaftliche Leben negativ.

*Wie soll die Politik mit den rechtspopulistischen Pro-Gruppierungen verfahren?*

**Dr. Überall:** Man wird an jeder Stelle darauf eingehen müssen, wo Stimmung gemacht wird gegen einzelne Gruppen wie Ausländer, Homosexuelle oder Drogenabhängige. Das muss man entlarven. Es geht darum, deutlich zu machen, dass der Stadtrat in seiner Gesamtheit keine diskriminierende Politik betreibt. Zum einen bedeutet das Öffentlichkeitsarbeit. Manche Kommunen haben dafür bereits eigene Stellen eingerichtet. In Köln gibt es eine Informationsstelle über Rechtsextremismus, die sich auch solcher Themen annimmt. Zum anderen geht es darum, dass Politiker ihr kommunalpolitisches Mandat ernst nehmen und strittige Themen nachhaltiger in den kommunalen Parlamenten diskutieren und den Rechten nicht das Feld überlassen.

*Das Interview führte Dominik Reinle.*

## Impressum

Herausgeberin:  
Landesarbeitsgemeinschaft  
der kommunalen  
Migrantenvertretungen  
Nordrhein-Westfalen  
(LAGA NRW)  
Helmholtzstr. 28  
40215 Düsseldorf  
Telefon: 0211 / 994160  
Fax: 0211 / 9941615  
e-Mail: [info@laga-nrw.de](mailto:info@laga-nrw.de)  
[www.LAGA-NRW.de](http://www.LAGA-NRW.de)



Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgeforderte zugesandte Beiträge zu kürzen.

V.i.S.d.P.: Franz Paszek,  
Geschäftsführer der LAGA NRW

Druck: Druckhaus Süd, Köln

